

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1924**

277 (26.11.1924) Badischer Zentralanzeiger für Beamte Nr. 48

# Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger  
Organ verschiedener Beamten-Bereinigungen.

Jr. 48

Bezug: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Goldpfennig für jede Ausgabe, monatlich für 60 Goldpfennig zugutlich Porto, vom Verlage Karlsruhe I. 2.,  
Karlstraße 14, bezogen werden.

26. November 1924

## Die Besoldungserhöhung

Mit großer Spannung ist in der gesamten Beamenschaft dem Ergebnis der Verhandlungen mit der Reichsregierung über eine Erhöhung der Besoldungsbezüge entgegenzusehen worden.

Im Auftrag sämtlicher Organisationen kam der Sprecher des Deutschen Beamtenbundes beim Vortrag des von den Organisationen angekündigten Forderungen zunächst auf die wirtschaftliche Notlage der Beamten, wie sie sich seit der vor einem Jahre erfolgten Festsetzung der Gehälter herausgebildet und in den letzten Monaten besonders verschärft hat. Die zur Verfügung stehenden Unterlagen hätten bei kritischer Durchsicht und Streichung aller Entbehrlichen einen Betrag von 170 bis 180 Mark monatlich für die Führung eines bescheidenen Haushalts als notwendig erwiesen. Im Finanzausschuß des bayerischen Landtags sei vor kurzem unter allseitiger Zustimmung die Feststellung gemacht worden, daß der Realwert der Mark dem von 56 Pf. der Vorkriegszeit entsprechende. Nach Abwägung aller einschlägigen Verhältnisse sei man in den Organisationen zur Aufschauung gelangt, es sei notwendig, eine Erhöhung der Bezüge

- bei den Gruppen I—VI um 40 v. S.,
- bei den Gruppen VII—IX um 25 v. S.,
- bei den Gruppen X—XII um 15 v. S.,
- bei der Gruppe XIII um 10 v. S.

Die Staffelung sei getroffen aus dem Bestreben heraus, die durch die Regelung vom 1. Juni entstandenen Gräben zwischen den Gruppen VI und VII, IX und X, XII und XIII zu beseitigen oder doch wesentlich einzuebnen.

Der Verhandlungsleiter, Ministerialdirektor v. Schlieben, legte in längeren Ausführungen dar, daß die Reichsfinanzen sich günstiger entwickelt hätten, daß aber die Forderungen der Organisationen doch weit über das hinausgingen, was die Reichsfinanzen ertragen könnten. Von den Ländern, die ebenso wie viele Gemeinden finanziell noch ungünstig ständen, hätten einige der Reichsregierung gegenüber erklärt, daß sie aus eigener Finanzkraft selbst die von der Regierung beabsichtigten Erhöhungen nicht tragen könnten. Im weiteren Verlaufe hob er besonders die Verhältnisse bei der Reichsbahn in den Vordergrund, betonend, wie z. B. die von der Regie betriebenen Strecken stark heruntergewirtschaftet seien und nur durch Aufwendung größerer Geldmittel wieder in den früheren betriebssicheren und leistungsfähigen Zustand zurückgeführt werden könnten. Die Rückwirkung der Erhöhung der Beamtenbezüge in dem geforderten Ausmaße auf die Lage der Reichsbahn würde einer Erschütterung der Gesamtwirtschaft gleichkommen. Bemerkenswert war auch die Zusage, der Personalabbau solle mit dem 1. Januar 1925 im Reich eingeleitet werden bzw. nur unter genau festgelegten Einschränkungen bei einzelnen Verwaltungen noch möglich sein. Die vierteljährliche Vorauszahlung der Bezüge sei leider noch nicht möglich.

Nach reiflicher Prüfung aller Verhältnisse sei die Reichsregierung nach Rücksprache mit den Länderregierungen zu dem Ergebnis gekommen, die Gehälter der Gruppen I—VI um 12½ v. S., von Gruppe VII an aufwärts um 10 v. S. erhöhen zu können, dazu soll eine Erhöhung der sozialen Zuschläge um je 2 Mark eintreten.

Demzufolge ist mit den nachstehend angegebenen Anfangs- und Endgehältern jeder Gruppe zu rechnen:

I. 75,50 — 109,00	VIII. 220,00 — 330,00
II. 82,00 — 119,50	IX. 258,50 — 379,50
III. 90,00 — 129,50	X. 330,00 — 495,00
IV. 103,50 — 147,50	XI. 385,00 — 577,50
V. 121,50 — 171,00	XII. 445,50 — 660,00
VI. 149,50 — 223,00	XIII. 577,50 — 880,00
VII. 192,50 — 286,00	

Kinderszuschlag 18,00 M — 20,00 M — 22,00 M  
Frauenszuschlag — 12,00 M

Der Wohnungszuschuß bleibt völlig unverändert sowohl in seiner Höhe als auch in seiner Abgrenzung.

## Die Bezüge der Beamten und Angestellten für den Monat Dezember 1924

Durch die 18. Ergänzung zum Besoldungsgesetz ist bekanntlich der Ortszuschlag in einen Wohnungszuschuß umgewandelt und ein neues Ortsklassenverzeichnis aufgestellt worden. Soweit nach den hierbei in Betracht kommenden Fällen eine niedrigere Einstufung gegen früher festgestellt hat, ist für solche Fälle vorgesehene Entschädigungsbetrag auf 8. November auszusuchen gewesen. Der Unterschied zwischen dem früheren Ortszuschlag und dem jetzigen Wohnungszuschuß, wie er sich in überwiegender Weise zufolge höherer zahlenmäßiger Festsetzung ab 1. November 1924 ergibt, ist dagegen den badischen Beamten noch nicht zugeflossen und soll nunmehr zusammen mit den Bezügen für den Monat Dezember auf 28. November zur Nachzahlung kommen.

Als Dezemberbezüge werden auf diesen Zeitpunkt jene Beträge an Grundgehalt, Wohnungszuschuß, Kinder- und Frauenszuschlag, sowie zutreffendenfalls noch örtlichen Sonderzuschlägen gezahlt, wie sie gesetzlich zu Beginn des Monats November feststanden.

Die Mehrbeträge, die sich durch die mit Wirkung vom 16. November d. J. an zugefallene Erhöhung der Beamtenbezüge ergeben, werden im Laufe des Dezember nachgezahlt.

Auf den 28. November erhalten auch die Beamten im Vorbereitungsdienst sowie die Angestellten ihre Bezüge für die erste Hälfte des Monats Dezember, hierbei auch die Nachzahlung an Wohnungszuschuß in einem Betrag.

Zu beachten ist noch, daß beim Steuerabzug eine kleine Änderung eintritt, insofern, als bei allen Gehaltszahlungen, die für eine nach dem 30. November 1924 erfolgende Dienstleistung bewirkt werden, (also bei den Bezügen für Dezember) der steuerfreie Lohnbetrag erhöht wurde, und zwar bei Zahlung des Gehalts

1. für volle Monate von monatlich 50 RM. auf monatlich 60 RM.,
2. für volle Wochen von wöchentlich 12 RM. auf wöchentlich 15 RM.,
3. für volle Arbeitstage von täglich 2 RM. auf täglich 2,50 RM.,
4. für kürzere Zeiträume von 0,55 RM. auf 0,60 RM. für je 2 angefangene oder volle Arbeitstage.

## Zur neuesten Besoldungsregelung

schreibt Finanzminister Dr. Köhler im „Bad. Beobachter“:

„Die Besoldungsregelung vom Juni 1924 enthält ein schweres Unrecht gegen die unteren Beamtengruppen — darüber ist man sich heute in den weitesten Kreisen einig. Die Wiederumkehr dieses Unrechts sollte nunmehr bei der auf 1. Dezember 1924 vorgesehenen Neuregelung der Bezüge der Beamten erfolgen. Die Notlage der unteren Gruppen ist teilweise eine geradezu entsetzliche. Wer näheren Einblick in diese Verhältnisse hat, der weiß, daß Hunderttausende pflichttreuer, braver Beamten seit Monaten nur unter den allergrößten Entbehrungen sich und ihre Familien durchbringen. Hier ist deshalb vor allem Abhilfe, und zwar schleunigst, notwendig. Darüber glaubte man sich auch in den weitesten Kreisen einig. Und was soll nun geschehen? Das Reichsfinanzministerium schlägt eine allgemeine Erhöhung aller Grundgehälter um 10 Prozent vor. Für die Gruppen I bis VI aber soll darüber hinaus eine weitere Erhöhung von 2½ Prozent erfolgen, so daß diese also 12½ Prozent erhalten. Außerdem sollen die Frauen- und Kinderszuschläge um monatlich 2 Mark erhöht werden.“

Gegen eine derartige Regelung kann nur allerhöchster Protest eingelegt werden, denn sie ist für die unteren Gruppen durchaus unzulänglich und deshalb untragbar. Der Beamte der Gruppe XIII mit dem, an der allgemeinen Notlage gemessen, doch nicht geradezu unzulänglich zu nennenden Grundgehalt von 9000 Mark jährlich erhielt danach eine Erhöhung in Höhe von jährlich 900 Mark oder monatlich 80 Mark, der Beamte der Gruppe III mit 1380 Mark jährlichem Grundgehalt eine solche von 172,50 Mark oder monatlich rund 14 Mark. Dazu kommen dann für alle Beamtengruppen noch die Frauen- und Kinderszuschläge. Glaubt man im Reichsfinanzministerium denn wirklich, daß die unteren Gruppen mit einer „berückten“ Erhöhung von 2½ Prozent sich zufrieden geben können?

Gehe man sich doch einmal Rechenschaft über die Entstehung der neuesten Besoldungsregelung. Sie ging doch einzig und allein aus von der offensichtlich Notlage der unteren Gruppen. Kein Mensch behauptet, daß die oberen Gruppen zu hohe Bezüge hätten, aber es bedeutet doch eine totale Verwirrung, wenn man jetzt dieser Sachlage dadurch glaubt Rechnung zu tragen, daß man, wie das obige Beispiel zeigt, dem Mann mit dem durchaus unzulänglichen Grundgehalt von 1380 Mark ganze 14 Mark monatliche Erhöhung zubilligt, während man dem besserbedienten Mann, bei dem die Notlage jetzt einfach nicht so groß sein kann und sich nicht im selben Umfang auswirken wird, mindestens 80 Mark zuweist. Eine solche, das alte Unrecht fast unverändert fortsetzende Regelung kann ich — und mit mir die badische Regierung — nicht mitmachen. Ich habe in der letzten Besprechung im Reichsfinanzministerium bereits erklärt, daß über dem Besoldungspergeseh mein eigenes Gewissen stehe. Wenn das Sperrgesetz den Ländern verbietet, ihre Beamten besser zu bezahlen als die Reichsbeamten, dann ist es Pflicht und Schuldigkeit der Reichsregierung, die Besoldungsordnung des Reichs gerecht zu gestalten. Die jetzt vorgeschlagene Regelung ist eine Ungerechtheit, die zu übernehmen ich dem badischen Landtag nicht vorschlagen kann. Was den unteren Gruppen nützt, ist eine fröhliche und verstärkte Erhöhung der Grundgehälter. Doch dadurch die Spannung zwischen den einzelnen Gruppen der Besoldungsordnung verringert wird, ist doch wahrhaftig kein Unglück, wenn es auch offenbar im Reichsfinanzministerium als ein solches angesehen zu werden scheint.

Ein besonderes Augenmerk wird man auf das Zusammenarbeiten des Reichsfinanzministeriums mit dem Verwaltungsrat der Reichsbahngesellschaft richten müssen. Vor kurzem erklärte die letztere nach Zeitungsmeldungen, daß sie mit einer Erhöhung der Beamtenbezüge nicht einseitig vorgehen könne, vielmehr Rücksicht auf das Reich und die Länder nehmen müsse. Heute erklärt nun das Reichsfinanzministerium umgekehrt, es könne die Bezüge der Reichsbeamten nicht einseitig erhöhen, man müsse vielmehr Rücksicht nehmen auf die Eisenbahn. Der Verwaltungsrat der Reichsbahn sei geradezu ausschlaggebend für die Regelung der Bezüge auch der Nicht-Eisenbahnbeamten. Es erscheint auch mir selbstverständlich, daß die Beamten der Reichsbahngesellschaft nicht schlechter behandelt werden können als die der eigentlichen Reichsverwaltung, aber Reichseisenbahn und Reichsverwaltung haben doch das gemeinsame Interesse, den Beamtenstand zu erhalten und ihn nicht in der Not versinken zu lassen. Die Abschließung der Verwaltung für eine nicht ausreichende Erhöhung der Grundgehälter der unteren Gruppen, auf den der parlamentarischen Kontrolle mehr oder minder entrückten Verwaltungsrat müßte peinlich wirken.

In letzter Stunde sei deshalb die Reichsregierung und vor allem der Herr Reichszentralrat auf die ungeheure Tragweite der Sache aufmerksam gemacht. Ein Gefühl tiefer Verurteilung geht durch die Kreise der unteren Beamten und ihrer Familienangehörigen. Es steht außerordentlich viel auf dem Spiel: nämlich die Erhaltung des Vertrauens der Beamten auch der unteren Gruppen zu dem Geredichteten der Reichsregierung. Was im Juni geschehen ist, darf sich im November nicht wiederholen!

## Protestkundgebung der badischen Beamenschaft

Am Montagabend fand eine von der Arbeitsgemeinschaft einberufene Beamtenprotestversammlung im großen Saale des „Friedrichshofes“ statt, die von Obmann Eckardt geleitet wurde. Die dreistündige Versammlung nahm von Anfang bis zu Ende einer wohlgeleiteten, in jeder Richtung würdigen Verlauf.

Zunächst ergriß — wie uns geschrieben wird — der Geschäftsführer des Badischen Beamtenbundes, Dr. Franken das Wort. Nach momentelangen Hinweisen und aller nur möglichen Schritte vonseiten der Spitzenorganisationen habe man am 20. November eine Niederlage erlitten, die jener vom 1. Juli keineswegs nachstehe. Die Not der unteren Beamenschaft vergrößere sich mit dem Eintritt der kalten Jahreszeit immer mehr. Man bedenke, daß heute vier Fünftel überschuldet sind. Nach einem Hinweis darauf, daß die Fraktion innerhalb der Beamenschaft sicher nicht im Interesse des Staatswohls liege, erinnerte der Redner an die Worte des Reichsaussenministers Dr. Stresemann am vergangenen Samstag, wonach die Reichsregierung bei ihren Maßnahmen zur Stabilisierung der Währung einen Wechsel auf die Loyalität der Beamten gezogen habe, und sagte, dieser Wechsel sei endlich lang prolongiert worden. Und wir stehen vor der Tatsache, daß er heute zu Ultimo 1. Dezember von der Reichsregierung nicht eingelöst werden kann. Das rein fiskalische Interesse dürfe in dieser Frage, wo gewichtige soziale Interessen auf dem Spiele stehen, unter keinen Umständen den Ausschlag geben. Das Spannungsverhältnis in den Gruppen 8 bis 13, von 1 und 2 gar nicht zu reden, habe vor dem Kriege 1:4 betragen; unmittelbar nach Kriegsende 1:2½. Und heute lauten diese Zahlen 1:8,2. Mit Ausnahme des Reichsbundes der höheren Beamten, der eine gleichmäßige prozentuale Erhöhung der Gehälter verlangt, haben sich alle Beamtenverbände gegen die neue Besoldungsregelung ausgesprochen. Der Redner verlas dann den nachfolgenden Sachverhalt über den Gang der Berliner Verhandlungen, wie ihn der Deutsche Beamtenbund aufgezeichnet hat. Er bemängelte in diesem Zusammenhang auch die neue Form des Wohnungszuschußes, die in mehr als 90 Prozent der Fälle eine Verschlechterung gebracht habe. Im Ortsklassenverzeichnis fänden sich jetzt statt der 16850 gehobenen Orte von früher deren nur 5670. Möge die badische Regierung ihren ganzen Einfluß aufbieten, um den unteren Beamten Gehör zu verschaffen. Wir fordern von der Reichsregierung Treue um Treue (stürmischer Beifall).

Als zweiter Referent sprach für die Gemeindebeamten Stadtr. Wöhrlinger. Er sei mit Stresemann der Meinung, daß man die oberen Beamten nicht kaufen lassen soll, allein Leute, die eine derartige Weltfremdheit an den Tag legen wie die Berliner Referenten bei den Besoldungsverhandlungen, die könnten ruhig gehen. Die Gemeindebeamten können nicht besser weg wie die Staatsbeamten.

In der nun folgenden Aussprache erklärten sich alle Redner mit den Vorlegungen der beiden Referenten voll und ganz einverstanden. Es sprachen die Herren Puhles für die Polizeibeamten, Waldeker von der Arbeitsgemeinschaft, Schauskauf vom Bund der deutschen Steuerbeamten, Gell als Vertreter der mittleren Beamten, Kühn, Kahlender, Pörschner und Warrther, dieser für die Postbeamten. Stadtrat Kühn übermittelte die Grüße des zurzeit franken Landtagspräsidenten Dr. Baumgartner zugleich mit den besten Wünschen für den Erfolg der heutigen Versammlung.

Hg. Regierungsrat Weismann vertrat die Meinung, daß man in Berlin mit Blindheit geschlagen sei. Proteste allein würden nichts nützen, wenn man nicht sein ganzes Gewicht in die Waagschale legt, um Einfluß auf die politischen Parteien zu gewinnen. Alle seien mitverantwortlich für die Zusammensetzung des Reichstages, der es als seine erste Aufgabe beim Wiederauftritt betrachten muß, die Regelung der Besoldungsfragen selbst in die Hand zu nehmen und nicht mehr dem Reichsfinanzministerium zu überlassen. Die Lage wäre nicht so schlimm, wenn man schon früher die Grundgehälter erhöht hätte. Man müsse unbedingt eine dahingehende Forderung stellen.

Hg. Präsident Dr. Glöckner nahm gleichfalls Veranlassung, einige Worte an die Versammlung zu richten. Er ist erschrocken über den Grad der Verschuldung der unteren Beamenschaft. Die Besoldungsregelung vom 20. November sei ihm von vornherein unbegreiflich gewesen. Die Situation für die badischen Beamten sei so, daß er sie im Landtag mit seiner Stimme nicht beden könne. (Stürmischer Beifall.) Er glaube, daß diese Regelung auf Baden nicht ausgebeutet werden kann und unser Land 3 bis 4 Wochen später selbst eine vernünftige und sachgemäße Regelung durchführen wird. (Wiederholter stürmischer Beifall.) Der Reichsfinanzminister sei bodenlos schlecht beraten worden. Auch in Norddeutschland dürfte sich die Entrüstung überall breit machen und an einer solch machtvollen Bewegung könnten schließlich der Reichsfinanzminister und seine Räte nicht mehr vorbeigehen. Die heutige Kundgebung werde also ihren Eindruck nicht verfehlen. Aus Württemberg sei übrigens schon der Vorschlag einer 20prozentigen Aufbesserung laut geworden. Die soziale Einstellung der süddeutschen Regierungen werde darauf hinwirken, daß das Unrecht forgiert wird.

Der Versammlungsleiter Eckardt gab darauf Kenntnis von einem Schreiben der Arbeitsgemeinschaft an den Außenminister Dr. Stresemann, das ihm bei seiner Ankunft in Karlsruhe überreicht und worin er zu einer Stellungnahme zur Besoldungsfrage aufgefordert worden war. Die Antwort hätte der Minister im Verlauf seiner Samstagrede gegeben.

Herr Eckardt verlas weiter eine Erklärung des Finanzministers Dr. Köhler, der behauptete, der Versammlung nicht anwohnen zu können, und darauf hinwies, daß Dienstag vormittag eine Sitzung des Kabinetts stattfindet, die sich mit der Besoldungsangelegenheit befaßt. (Der Minister hat sich inzwischen im „Badischen Beobachter“ scharf gegen die Berliner Regelung gewandt.)

Schließlich teilte der Vorsitzende mit, daß auch das Landesparlament Baden des Reichsbundes der höheren Beamten nach wie vor auf dem Standpunkt stehe, daß die Bezüge der unteren Beamten zu niedrig seien.

Aus der Mitte der Versammlung wurde ein enges Einvernehmen mit den Beamten der Post und Eisenbahn gewünscht. Schließlich gelangten nachstehende Entschlüsse einstimmig zur Annahme, die mit einander verbunden und an die zuständigen Stellen weitergeleitet werden sollen:

1.  
Die am heutigen Abend aus den Reihen der unteren Beamtengruppen stammende Versammlung im großen Saale des Friedrichshofs erhebt auf das Schärfste und Entschiedenste Protest gegen den vom Reichsfinanzministerium neuerdings begangenen Besoldungsfall. Derselbe ist auf die tiefste Empörung, daß an ihr, trotz der der Regierung bekannnten und von derselben anerkannten Notlage der unteren Beamtenschaft, das mit der Juni-Regelung begangene Besoldungs-umrecht nicht nur nicht beseitigt, sondern das traffe Mißverhältnis noch verstärkt wurde.

Die unteren Beamtenschaft spricht der Reichsregierung, insbesondere aber dem Reichsfinanzminister u. seinen Referenten das Mißtrauen aus und bringt zum Ausdruck, daß dieselben jedes soziale Verständnis für die Lage der unteren Beamtengruppen fehlt. Die wahre Gesinnung der Regierung ge-

genüber diesen Gruppen ist durch dieses neuerliche Besoldungsfall bürgerlich beleuchtet worden. Die untere Beamtenschaft lehnt in ihrer Gesamtheit dieses Besoldungsfall ab, solange die Himmelfahrtsreise, jedem sozialen Rechtsempfinden höhnpredende Besoldungsregelung vom Juni d. J. nicht gut gemacht ist, weil sie der feinen Heberzeugung ist, daß vorher innerhalb der unteren Beamtenschaft keine Ruhe und Zufriedenheit einleiten kann.

An dieser unserer Stellungnahme kann auch die laut Zeitungsmeldung beabsichtigte Inkraftsetzung der Besoldungsregelung für die Gruppen I-VI schon vom 16. d. M. ab nichts ändern, weil wir darin weiter nichts als ein billiges Wahlmanöver erblicken."

II.  
„Die heute im überfüllten Saale des Friedrichshofs versammelten Reichs-, Landes- und Kommunalbeamten der Lan-

deshauptstadt Karlsruhe beurteilen und lehnen mit Entschiedenheit die vom Reichsfinanzministerium erlassene Besoldungsneuregelung ab. Die Versammlung steht einmütig auf dem Standpunkt, daß, solange nicht die Preise der notwendigen Lebensbedürfnisse den Vorkriegsstand erreicht haben, ein Vergleich der heutigen Besoldung mit derjenigen vom Jahre 1914 entschieden abzulehnen ist.

Auf das Schärfste beurteilt die Versammlung ferner die vom Reichsfinanzministerium in die Zeitungen lancierten, nach seinem Gutdünken zurechtgeschnittenen Besoldungsartikel. Wir fordern, daß der Beamtenschaft endlich einmal Gerechtigkeit wird durch eine verstärkte Erhöhung der Grundgehälter, damit den Beamten in den unteren Gruppen die Möglichkeit zum Leben gesichert ist."

## Was der Beamte für Familie u. Haushalt benötigt

**B** Spezialhaus in G. 355  
Herren- u. Damenkleiderstoffe  
Seidenstoffe Aussteuerartikel  
**Wilh. Braunagel**  
Herrnstr. 7  
zwischen Kaiserstraße und Schloßplatz.

**Kaufmanns Spezialgeschäft**  
für Offenbacher Lederwaren  
245 Kaiserstraße 245  
Große Auswahl G. 353 Billigste Preise

Tuchgroßhandlung  
**Wilhelm Wolf jr.**  
Erstklassige Stoffe  
Karlsruhe i. B.

Färberei u. chem. Waschanstalt  
Telefon 1953 **D. Lasch** Telefon 1953  
reinholt und färbt alle in dieses Fach einschlagende Gegenstände  
Prompte Bedienung Mäßige Preise  
G. 340

**STAND- UHREN**  
Hundertvoll in Form & Klang doch das zu präzisier Gang!  
Versäumen Sie nicht, meine Ausstellungs-Räume zu besichtigen. Einzig in ihrer Art, sämtliche Werke sind im Gang zu sehen.  
Kein Kaufzwang!  
Größtes Lager am Platze in  
**HAUS-UHREN**  
mit 1/2, 3/4 u. 1 Schlagwerken bis zu 12 Gong.  
Spielwerke, Westminster, Whittington  
Roh und alle Beiztöne vorhanden.  
Versand nach allen Plätzen unter Garantie.  
Reparatur-Werkstätte.  
Teilzahlung gestattet.  
**RICH. KITTEL**  
Uhren, Gold- und Silber-Waren  
KARLSRUHE i. B., Am Stadtgarten Nr. 1  
Am neuen Hauptbahnhof Telefon Nr. 2540

Unsere Spezialität  
Gediegene, kleidsame  
**Frauenhüte**  
in allen Kopfweiten von M. 15.- an  
Beachten Sie unsere Auslagen G. 351  
**Wilhelm, Kaiserstr. 205**

**Mehle & Schlegel**  
Kaiserstraße 124 b Karlsruhe Kaiserstraße 124 b  
Kleiderstoffe = Seidenstoffe = Samt  
Anzugstoffe = Baumwollstoffe  
Geschmackvolle Auswahl (G. 338) Mäßige Preise  
Teilzahlung gerne gestattet

Nur noch Philippstr. 19  
(Keinen Laden mehr)  
ist das seit 25 Jahren bestehende  
**Möbel- u. Betten-Haus**  
**Heinrich Karrer**  
Straßenbahnlinie 1 und 2  
Eigene Schreinerei und Polsterwerkstätte  
Kein Laden — daher billige Preise  
Große Auswahl in Qualitätsmöbel aller Art  
Zahlungs-Erleichterung  
Bitte genau auf die Firma zu achten  
**Karlsruhe - Mühlburg**

**JEDER BEAMTE**  
deckt seinen Bedarf in **Lebensmitteln**,  
sowie **Wasch- und Putzmitteln** am  
vorteilhaftesten bei G. 336  
**B. Rau, Großhandlung, Karlsruhe**  
Bürgerstraße 6 Telefon 1629  
Behörden erhalten Vorzugspreise

Wo kaufe ich meine **PELZE**  
am billigsten. Beim  
**KÜRSCHNER NEUMANN**  
Erbprinzenstraße 3 G. 343  
der sie selbst verarbeitet

## Bezugsquellen für den Bedarf der Behörden

**Triumph-Schreibmaschinen**  
ein Meisterwerk  
deutscher Präzisionsarbeit  
der Triumph-Werke A. G. Nürnberg  
**Georg Mappes**  
Karlsruhe G. 345  
Telefon 2264 Karlsruhstr. 20

**Uniformen**  
für Polizei- u. Gemeindefreiwärter, Feuerwehrcorps,  
Zoll- u. Finanzbeamte, Eisen- u. Straßenbahner,  
Feld- u. Waldhüter, sowie Berufskleidung aller Art  
**Albert Hilbert, G. m. b. H., Rastatt**  
Süddeutsche Bekleidungs-Industrie  
Filiale: Ludwigshafen a. Rhein, Bismarckstraße 40.

**GEBRÜDER BACHERT**  
KARLSRUHE i. B.  
Liststr. 5 Tel. 443 G. 334  
Glocken- und Metallgiesserei  
Eisen- und Tempelgiesserei

### Wer ist Jack London?

Jack London ist sogar in den Vereinigten Staaten, die doch eine auffallende Erscheinung, und für uns, die müden Mitteleuropäer, wird er vollends zu einem Phänomen, zu einer wahrlich überreich sind an strobend kräftigen Persönlichkeiten, der reinsten Verkörperungen des amerikanischen Jugendums.

Sein Vater war ein kleiner Landwirt in den Weststaaten, der bald durch Spekulationen bezarrte. Jack mußte darum schon bald Geld verdienen. Mit neun Jahren war er Zeitungsvendekäufer, mit zwölf Jahren Fabrikarbeiter bei zwölftündiger Arbeitszeit und zehn Cents Stundenlohn.

Die Bekanntschaft mit Fischern, die viel Geld durch nächtliche Klünderungen der Austerbänke in der Bucht von San Francisco verdienen, führte zu einem ersten großen Abenteuer: Er wurde entschlossen selbständiger Austerkäufer auf eigenem Boot und trug mit 16 Jahren die Bezeichnung „König der Austerkäufer“.

Als die Küstenpolizei auf den jungen Seeräuber aufmerksam geworden war und ihm vorzuschlug, als Fischereikontrolleur in ihre Dienste zu treten, sagte er zu und lernte nun den Kleinkrieg zur See auf der anderen Seite kennen — aber seine Lage war doch etwas peinlich. Kurz entschlossen rief er sich vor all diesen Verhältnissen los und ging hiebzehnjährig als Wollmatrose zur See; die Reise führte nach Japan, dann nördlich zum Robbenfang und nach Frisco zurück, wo er gleich seinen alten Platz in der Fabrik wieder einnahm.

An diese Zeit fällt sein erster schriftstellerischer Versuch und Erfolg. Er gewinnt den von einer großen Zeitung ausgeschickten Preis für die beste Beschreibung eines Lebensjahres mit der Skizze: „Ein Taifun an der japanischen Küste“. Sofort unternimmt er ein paar weitere Versuche, die aber mißglücken.

Die Hoffnung, als Schriftsteller leben zu können, war gescheitert. Im Frühjahr 1894 verläßt der Achtzehnjährige mit einem „Arbeiterheer“ San Francisco, zu Landarbeiten an verschiedenen Orten der Vereinigten Staaten bestimmt. Lange blieb Jack aber nicht bei der Truppe, sondern er benutzte die erste Gelegenheit, ein freies Wanderleben zu beginnen; er

wurde tramp, ging „auf die Walze“. Es war eine Zeit des Glücks, dauernder Gefahr und wilder Abenteuer. Aber sie stärkte seinen Willen, sich nun endlich aus der Tiefe seiner Existenz emporzuschwingen. Mit einem klaren Ziel vor Augen lehrte er Ende 1894 nach San Francisco zurück.

Der Entenarbeiter und Landstreicher, der blinde Passagier, der die Staaten von West nach Ost zwischen den Rädern der Pullmann-Wagen durchmessend hatte, der Wandergeselle der Zigeuner und Rechtsbrüder, nahm wieder auf der Schulbank Platz — und bestand die Examina, die ihm das Studium an der Universität erschlossen.

Nichts jedoch konnte ihn länger bei den Büchern halten, als 1897 der Ruf von der Entdeckung der großen Goldfelder in Alaska sein Ohr traf. Vom „Goldfieber“ gepackt brach er nach Klondike auf.

Ein volles Jahr blieb er dort unter den Schatzgräbern — er fand kein Gold, er kam so arm zurück, wie er gegangen, und doch war es das entscheidende Jahr seines Lebens. Im Winter der tausendfachen Entbehrnisse war der Schriftsteller in Jack London zum Durchbruch gekommen.

Nach San Francisco zurückgekehrt, begann der nunmehr Zweinndwanzigjährige zu schreiben. Schon seine ersten Erzählungen ließen die Leser aufhorchen. Hier schlug einer ganz neue noch nie vernommene Töne an. Es waren jene kurzen, von Spannung, Farbe, Lebenslichkeit und Kraft strobenden Erzählungen, jene „short stories“, als deren Mischköpfer Jack London in der Weltliteratur seinen Platz immer behaupten wird.

Ein Stoff fehlte es ihm nicht; denn nun begann er sein wildes, an Abenteuern reiches Leben zu beschreiben. Ausschritt für Ausschritt, Tag für Tag, Begegnung für Begegnung. Er wußte, was der Leser wollte, und er gab es ihm. Er schrieb, wie er gelebt hatte, als Arbeiter, Vagabund, Goldgräber, Seemann und Jäger, mit derselben Freude am Dasein, und derselben unbedingten Ausnutzung jeder Möglichkeit. Der Erfolg war ungeheuer. Jack London war ein Volksdichter im wahren Sinn des Wortes. Den Romanen folgten Romane — amerikanische und englische Verleger rissen sich um seine Arbeiten.

1905, als Dreißigjähriger, erwarb er die Farm „Men Eden“. Auf ihr gründete er eine Musterwirtschaft und wurde Landwirt mit der Begeisterung und dem Erfolg, die ihn als Schriftsteller auszeichneten. Auch einen anderen großen Wunsch konnte er sich jetzt erfüllen: er trat mit seiner zweiten Frau, völlig unabhängig von allem, auf eigener Nacht eine Seereise an, die ihn in drei Jahren (1906-1909) um die Erde führte. Alles, was er auf der Reise erlebte, liegt jetzt gesammelt in fünf Bänden vor.

Bein Jahre lebte Jack London ein Leben auf der Höhe der Berühmtheit und der Popularität. Seine riesige Arbeitskraft schien nicht zu ermatten. Sein Name verbreitete sich durch die ganze Welt: nicht nur in Amerika und England, sondern auch in Rußland, Frankreich, Skandinavien, Holland, ja selbst in Japan waren seine Werke in zahllosen Auflagen verbreitet.

Der Ausbruch des Weltkrieges traf ihn, den Menschen- und Weltfreund, wie ein vernichtender Schlag. Er nahm nicht Stellung, er verstummte. Eine seltsame Stille senkte sich auf den immer Bewegten. . .

Alles, was er erlebt, gesehen hatte, war beschrieben; 49 Bücher waren in knapp sechzehn Jahren entstanden. Hatte sich die gewaltige Schauer seines Geistes geleert? Ihm dachte er an neue Arbeiten, der Plan einer Selbstbiographie schwebte ihm vor — da starb er ganz plötzlich nach kurzer Krankheit am 22. November 1916 im Alter von 40 Jahren.

Man hat ihn die „malterische Gestalt der amerikanischen Literatur“ genannt — und die ist er!

Im Gubendallischen Verlag A. G. Berlin erscheint jetzt eine Ausgabe seiner Werke in deutscher Sprache. Wir begrüßen sie mit Freude und Genugtuung. 2 Bände liegen bis heute vor: „Süßholzgeschichten“, Erzählungen aus der Inselwelt des Stillen Ozeans, und „Abenteuer des Schienenstrangs“, Trampfahrten durch Nordamerika. Die Überlegung ist gut und läßt die Eigenart der Sprache des Dichters wirksam hervortreten.